



Susanne Mittag
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung Susanne Mittag, MdB: Mit aller Kraft gegen Gewalt an Frauen

Delmenhorst, 25.11.2022

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.133
Telefon: +49 30 22778171
Fax: +49 30 22770173
susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Str. 10
27749 Delmenhorst
Telefon: +49 4221 1521212
Fax: +49 4221 1521222
susanne.mittag.ma05@bundestag.de

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Auch im 21. Jahrhundert gehört geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zur bitteren Realität. Weltweit, auch in Deutschland. Auch in Delmenhorst, dem Landkreis Oldenburg und dem Landkreis Wesermarsch gibt es dazu etliche Aktionen, die darauf aufmerksam machen.

„Seit Wochen gehen Frauen und Männer im Iran auf die Straße, um für Freiheit und Frauenrechte zu kämpfen. Das brutale Vorgehen des iranischen Regimes gegen Demonstrierende verurteile ich aufs Schärfste und stehe solidarisch an der Seite derjenigen, die mit ihrem unfassbaren Mut für eine freie Gesellschaft kämpfen“, so Susanne Mittag, SPD-Bundestagsabgeordnete für Delmenhorst, Oldenburg-Land und der Wesermarsch.

In Deutschland wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt. Täter sind häufig die aktuellen oder früheren Partner. Das ist unerträglich und muss sich ändern. Darauf verweist auch die AsF-Vorsitzende in Delmenhorst, Inge Böttcher. Sie verweist auf etliche Hilfsangebote, die Betroffenen zur Seite stehen. Hier sind nicht nur die Frauenhäuser zu nennen, sondern auch Beratungsangebote. Wichtig seien nun auch politische Maßnahmen.

Susanne Mittag verweist dazu ergänzend auf das Ziel, das Strafrecht konkretisieren zu wollen und geschlechtsspezifische Tatmotive ausdrücklich in die Liste menschenverachtender Tatmotive aufzunehmen. Ist eine Straftat durch das Geschlecht des Opfers motiviert, soll dies zu einer Verschärfung der Strafe führen.

Außerdem erklärt Mittag: „Gewaltbetroffene Frauen brauchen verlässlichen Schutz. Das Recht darauf werden wir für jede Frau und ihre Kinder absichern. Mit dem Bundesförderprogramm *Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen* fördern wir bereits erfolgreich den bundesweiten Ausbau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen. Wir werden einen bundeseinheitlichen



Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen und das Hilfesystem bedarfsgerecht ausbauen. Künftig ist eine Bundesbeteiligung an der Regelfinanzierung vorgesehen.“

Fest steht: Die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt sowie der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen müssen immer ganz oben auf der politischen Agenda stehen.